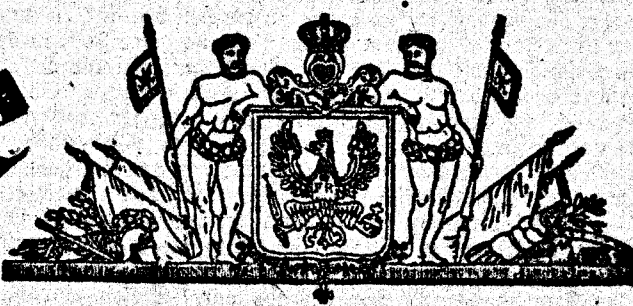


Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtage nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurzzettel der Berliner Börse.

Bezugt in Gross-Berlin und Umgegend monatl. 7,50 M., durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus; durch die Post 5.— M. (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zelle 2.— M. u. 70% Teuerungszuschlag, Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 23/26, und in allen Geschäftsstellen des Verlags.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech. Zentrale: Ullstein & Co. Marktpatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 851, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 298

Frankreichs Friedensbereitschaft 1914.

Von England durchkreuzt.

Der frühere Minister des Aeusern Gabriel Hanotaux, Verfasser einer Anzahl von Geschichtswerken, veröffentlicht in Die Zeitungen eine Geschichte des Weltkrieges, zu der ihm, wie zu seinen früheren Schriften, die Akten des französischen Auswärtigen Amtes zur Verfügung gestellt wurden. Für uns sind daraus die Dokumente von besonderem Interesse, die Frankreichs Friedensbereitschaft zur Zeit der Marne-Schlacht im Jahre 1914 beweisen.

Gerichtsweise war auch in Deutschland bekannt geworden, daß in der Zeit der ersten Marne-Schlacht im amtlichen Frankreich Friedenswünsche laut wurden, und daß England die Pläne des Ministers Viviani durch Drohungen zerschlug. Dokumentarische Beweise fehlten bisher. Die liefert nun Hanotaux, der sich in der 101. Lieferung seiner Kriegsgeschichte für die Wahrheit des folgenden Vorganges verbürgt:

Als zur Zeit der Marne-Schlacht zahlreiche französische Politiker von Einfluß den sofortigen Frieden mit Deutschland verlangten, schickte England ein Ultimatum nach Bordeaux, wohnin bekanntlich die französische Regierung ihren Sitz verlegt hatte, in dem gesagt wurde: wenn Frankreich den Friedensschritt nicht rückgängig mache, werde seine Küste von der britischen Flotte blockiert.

Frankreich hatte damals die Vermittlung der Vereinigten Staaten von Amerika angerufen. Bei der französischen Regierung, so berichtet Hanotaux, erschienen drei amerikanische Gesandte — der damalige Botschafter in Paris mit seinem Vorgänger und seinem Nachfolger — und sagten dem amtlichen Frankreich, es müsse durchhalten, weil die Vereinigten Staaten auf alle Fälle in den Krieg eingreifen würden. Das war im Herbst des Jahres 1914. „Wir sind“, sagten die drei Gesandten, „in Amerika vorerst nur 50 000 einflussreiche Leute, die den Eintritt Amerikas in den Krieg verlangen, aber in einiger Zeit werden wir hundert Millionen sein.“

Und weiter befindet Hanotaux, daß zu derselben Zeit eine bekannte amerikanische Persönlichkeit sagte, die Summe, die notwendig wäre, um ein Jahr lang unter dem amerikanischen Volk den Haß gegen Deutschland großzuziehen, werde zwar alle Begriffe übersteigen, aber sie werde sich lohnen. Hanotaux meint — so ist in der „Braunschweig. Landesztg.“ zu lesen — die Herren Robert Bacon, Myron Herrick und William Sharp. Der damalige Botschafter in Paris war Herrick, der auch noch in Paris blieb, als der wenig befähigte Sharp den Botschafterposten übernahm. Daß auch Robert Bacon zu den drei Gesandten gehörte, war infolgedessen Zufall, als Bacon Teilhaber des Bankhauses Pierpont Morgan war.

Selbsthilfe — Gotteshilfe.

von Georg Bernhardt.

Die ständige Valutakommission beginnt allmählich sich und das Deutsche Reich zu diskreditieren. Diesen Eindruck gewinnt man aus den halbamtlichen Veröffentlichungen, die über ihre Tätigkeit in die Welt gesetzt werden. Möglich, daß diese Verlautbarungen das Wesen ihrer Wirksamkeit nicht wahrheitsgemäß wiedergeben. Dann sollten sie schleunigst gestoppt werden. Solange das nicht geschieht, muß man sich an sie halten. Neulich erfuhr man durch eine solche halbamtliche Bekanntmachung, die Sachverständigen der Valutakommission hätten als Heilmittel zur Beseitigung der großen schwebenden Reichsschuld die schnellere Einziehung der Steuern empfohlen. Man braucht eigentlich keine Sachverständigenkommission zu der Erkenntnis, daß schwebende Schulden Ersatz für fehlende Steuern sind. Ebenso wenig zu der Weisheit, daß ausgeschriebene Steuern so schnell wie möglich einzuziehen sind, damit der Staat es nicht nötig hat, sich vorübergehend Betriebsmittel durch Ausgabe von Schatzanweisungen zu beschaffen. Der Rat der Sachverständigen könnte hier nur dann wichtig sein, wenn er nicht bloß das Mittel vorschlägt, sondern gleichzeitig auch die Methode, wie man es handhaben könnte. Wie aber vermag der Staat heute die Einziehung von Steuern zu beschleunigen? Die Steuerstände sind augenblicklich so groß, wie nie. Wer es darauf anlegt, die Langmut der Steuerzahler zu erproben, kann sehr merkwürdige Erfahrungen machen. Man darf kaum annehmen, daß über Nacht Veränderungen in der Saumlustigkeit der Steuerzahler und der Steuerentreiber eintreten werden. Außerdem: was bedeutet die Beschleunigung der Steuerentziehung für die Verminderung der schwebenden Schuld, wenn gleichzeitig die in die Milliarden gehenden Erhöhungen der Beamtengehälter die Ausgaben der Länder und des Reiches rapide anschwellen lassen, und die Kartoffelzulagen an alle Angestellten und Arbeiter der Privatbetriebe eine ganz sichere Erhöhung des Umlaufes in Aussicht stellen? Valuta- und Währungsfragen sind eben keine reinen Geldfragen, sondern sie hängen auf das engste mit der Gesamtordnung zusammen, die der privaten Wirtschaftsführung und der Wirtschaftspolitik in einem Staate gegeben sind. Eine Valutakommission, die das Problem in seinem ganzen Umfange überschaut, müßte deshalb entweder sich nur als ein Gremium von Geldfachverständigen betrachten und dann die Erklärung abgeben, daß von der Geldseite her das Valutaproblem nicht zu lösen sei, oder es wäre ihre Pflicht, positive wirtschaftspolitische Maßnahmen vorzuschlagen, die der Gesundung der auswärtigen und inneren Geldwerte dienen können.

Jeber jedoch treibt die Valutakommission im Kleinen die gleiche Politik, die sich vielfach auch in der politischen Geschäftsführung des Reiches bemerkbar macht: „Hilf dir selbst, so hilft dir Gott!“ Der Sinn dieses schönen, wirklich religiösen Wortes ist denen, die augenblicklich als Staatsmänner oder Wirtschaftler an leitender Stelle im Reich stehen, anscheinend verloren gegangen. In seine Stelle ist der fatalistische Wunderglaube getreten, die Gucht, immer an Dritte Forderungen zu stellen, und nicht mehr von der eigenen Verantwortlichkeit die Rettung zu erhoffen. So hat denn die ständige Valutakommission als Ergebnis ihrer Beratungen die Regierung ersucht, auf Grund des Artikels 235 des Friedensvertrages mit der Wiedergutmachungskommission in Verbindung zu treten, um von dieser aus den Beträgen, die Deutschland bereits auf die Entschädigungen angezahlt hat, die Mittel zu erhalten, die zur Ernährung und Wirtschaftsführung des deutschen Volkes auch bei härtester Einschränkung des Konsums unbedingt notwendig sind.“ Es wäre natürlich gut und schön, und auf das wärmste zu begrüßen, wenn nach der gewöhnlichen Richtung hin von der Entente Erleichterungen gewährt würden. Es handelt sich bei diesen deutschen Wünschen auch durchaus nicht etwa um ein Almosen, das Deutschland erfleht. Vielmehr liegt es im eigenen Interesse der meisten Ententemächte, namentlich Frankreichs, Belgiens und Italiens, Deutschland wieder zur Arbeits- und Lebensfähigkeit zu verhelfen. Nur unter diesem Gesichtspunkt kann auch die Hilfe verlangt werden. Denn der öfen Wohltätigkeit, wenigstens der kontinentalen Ententestaaten. „Und durch die recht bedrohliche Lage Schwaben gesetzt, in der sich ihre eigenen Völker wirtschaftlich befinden. Es handelt sich nicht hier um ein Geschäft auf Gegenseitigkeit. Den Mitgliedern der ständigen Valutakommission, die sich zu einem großen Teil aus Bankdirektoren zusammensetzt, wird es ja wohl nicht schwer werden, ihr Ansuchen an die Wiedergutmachungskommission als Offerte zu einem internationalen Kreditgeschäft zu klassifizieren. Sie werden auch wissen, daß die hauptsächlichste Grundlage eines jeden Kreditgeschäftes das Vertrauen bildet. Was haben sie nun aber der eigenen Regierung vorgeschlagen, damit diese das Vertrauen rechtfertige, was sie von den Vertragsgegnern heischen soll?

Der üblich will die Valutakommission zum Ausdruck bringen: das deutsche Volk muß essen, um zu leben, und es

Grzbergers Steuererklärungen.

Erklärung des Reichsfinanzministeriums.

In der Sonntagsausgabe vom 22. d. Mts. erschien gleichzeitig in reichshauptstädtischen und Provinzialblättern ein Artikel, in dem der Reichsfinanzminister begünstigt wird, im Gegensatz zu seinen amtlichen Verlautbarungen, in der Praxis bei seinen Steuererklärungen eine bedenkliche Steuermoral an den Tag gelegt zu haben. Wolffs Telegraphisches Büro hat darüber an das Reichsfinanzministerium eine Anfrage gerichtet und folgenden Bescheid erhalten:

Der persönliche Kampf gegen den Reichsfinanzminister nimmt immer mehr Formen an, die eine völlige Verwilderung oder Moralbegeisterung in erschreckender Weise offenbaren. So ist das ihm Glaubliche möglich geworden, daß die Veranlagungsakten des Reichsfinanzministers aus dem Finanzamt Charlottenburg entfernt und photographiert wurden, um als Anlagen eines Pamphlets gegen den Reichsfinanzminister vervielfältigt zu werden.

Wenn die Urheber dieses schamlosen Streiches und die an ihm Beteiligten glauben, auf diese Weise eine wirksame Waffe in die Hand bekommen zu haben, um den verhassten politischen Gegner zur Strecke zu bringen, so werden sie sich darin täuschen: der Reichsfinanzminister wird es mit Fug und Recht ablehnen dürfen, über seine privaten Einkommensverhältnisse und seine steuerlichen Angelegenheiten sich in der Öffentlichkeit mit seinen Gegnern auseinanderzusetzen.

Im übrigen kann nur gesagt werden, daß die Steuerbehörden ohne jede Beeinflussung durch den Reichsfinanzminister den Verleumdungsprozeß gegen Helfferich verfolgt und das Ergebnis der Beweisaufnahme auch vom steuerlichen Standpunkt prüfen wird. Das Ergebnis dieser Prüfung wird der Reichsfinanzminister mit ruhigem Gewissen abwarten.

Andererseits werden auch im Interesse eines jeden Steuerzahlers allerhöchste Maßnahmen gegen eine unbefugte Offenlegung und Benutzung von Steuerakten geboten sein.

Es liegt uns vorläufig fern, zu den neuen Angriffen sachliche Stellung zu nehmen. Doch kann nicht verschwiegen werden, daß die Art, wie sich das Reichsfinanzministerium mit ihnen abfindet, nicht dem Ernst und der Schwere der Vorwürfe entspricht.

Der Kampf um den Vertrag in Washington.

Nach einer Radiomündung aus Washington hat der republikanische Senator France im Senat eine Tagesordnung eingebracht, durch die der Friedenszustand zwischen Amerika und Deutschland erklärt werden soll. Eine internationale Konferenz soll die Wiedergutmachungs- und Organisationsfragen regeln.

(Eine Londoner Meldung des Kopenhagener Blattes „Politiken“ besagt, der Senat habe den Antrag France angenommen. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt bisher nicht vor.)

Im Senat erfolgte am 21. zum ersten Male seit November eine Abstimmung über den Friedensvertrag. Es handelte

Es um einen Antrag Dinkels, die republikanischen Vorbehalte in der Welt zu erörtern, daß für die Abfindung und den Austritt der Vereinigten Staaten aus dem Völkerverbund ein gemeinsamer Beschluß des Kongresses erforderlich sein soll. Der Antrag wurde mit 28 gegen 24 Stimmen abgelehnt (Danach haben sich 29 von den 54 Senatoren der Abstimmung enthalten).

Stämer bei Curzon.

Drahtmeldung.

London, 22. Februar (M. Z. B.)

Der deutsche Geschäftsträger Stämer überreichte gestern nachmittag sein Beglaubigungsschreiben. Er unterhielt sich eine Stunde lang mit dem Minister des Aeusern.

Die Beratungen über Armenien.

Drahtmeldungen.

London, 22. Februar (M. Z. B.)

Der von der Friedenskommission gebildete Ausschuss für die Grenzen Armeniens hat zum erstenmal im Auswärtigen Amte zusammen. An der Spitze des Ausschusses steht Huber Palcha. Er betont, daß Armenien unbedingt einen Zugang zum Schwarzen Meer haben müsse.

Rotterdam, 21. Februar (M. Z. B.)

Die „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus London meldet, protestiert der britische Kommissar für Armenien in einer dem Premierminister, dem Staatssekretär des Auswärtigen und dem französischen Gesandten übermittelten Erklärung gegen die Unterlassungen der Großmächte, die die neuen Armeniengeleiten in Cilicien (dem nördlichsten Teil von Syrien) ermöglicht hätten. Die britische Kommission für Armenien bitte darum, die armenische Bevölkerung, besonders diejenige Ciliciens, mit Waffen zu versehen und ausreichend Truppen zu ihrem Schutz zu entsenden. Ferner möge, ohne Einmischungsrecht seitens der Türkei, unter Aufsicht des Völkerverbundes, eine Regierung in Cilicien eingesetzt werden, deren Machtbereich sich über ein Gebiet erstrecken solle, das bis an die Grenzen der armenischen Republik gehe.

Der parlamentarische Mitarbeiter der „Times“ schreibt: Im Unterhause haben sich in der Frage der Zukunft Konstantinopels zwei Parteien gebildet. Hestern haben 23 Abgeordnete ihre Kollegen in einem Rundschreiben aufgefordert, nachstehendes Schreiben an den Premierminister zu unterzeichnen: „Wir wünschen Ihre Aufmerksamkeit auf das Verprechen zu lenken, welches Sie am 5. Januar 1918 gegeben haben, daß wir nicht gekämpft haben, um die Türkei ihrer Hauptstadt oder der reichen Länder im Kleinasien und Thraxien zu berauben, die der Masse nach überwiegend türkisch sind.“ Wir glauben, daß jedes Abweichen von dieser Verpflichtung verhängnisvolle Folgen für die Stimmung unter den Muselmanen in Indien haben würde.“

Wie das „Allgemeine Handelsblatt“ meldet, sollen in ganz England Versammlungen abgehalten werden, um die von Lord Robert Cecil und anderen eingeleitete Protestbewegung gegen das Verbleiben Konstantinopels bei der Türkei zu unterstützen.